

**Rede Münchner Bündnis „Rettet die Grundrechte gegen den Notstand der Republik“
Hedwig Krimmer, ver.di München**

**Stuttgart, 6.12.08, Auftaktkundgebung
zur Demonstration gegen das geplante baden-württembergische Versammlungsgesetz**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde,

im Namen aller, die gegen das bayerische Versammlungsgesetz gekämpft haben, überbringe ich Euch unser herzlichsten Grüßen und danken Euch für die Gelegenheit, hier bei Euch sprechen dürfen.

Wir, das ist das in München entstandene Bündnis „Rettet die Grundrechte gegen den Notstand der Republik“ und wir sind heute mit einer 20-köpfigen Delegation zu Euch gekommen. Aus unserem Bündnis heraus, das ver.di München initiiert hat, ist das Bündnis für Versammlungsfreiheit und gegen das bayerische Versammlungsgesetz entstanden.

Über 200 Organisationen haben sich zusammengeschlossen und unser gemeinsamer Wille war und ist: Dieses erste Landesversammlungsgesetz muss verhindert werden!

Es muss verhindert werden nicht nur für uns in Bayern, sondern –das war uns von Anfang an klar - für *alle* Bundesländer. Es muss verhindert werden, dass eines unserer wichtigsten Grundrechte, die Versammlungsfreiheit, der Behördenwillkür unterworfen wird.

Es muss verhindert werden, dass wir unsere Streikposten 72 Stunden zuvor anmelden müssen und selbst unsere Ordner mit Namen, Anschrift und Geburtsdatum den Behörden gemeldet werden müssen, wenn diese es so wollen. Und das sind keine Animositäten: Als unsere Kollegen vom Handel Mitte Juli bei der Firma Zara Streikposten standen, ermittelte die Polizei und leitete gegen sie ein Verfahren ein – wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz!

Es muss verhindert werden, dass die Polizei nach Gutdünken unsere Versammlungen filmen kann. Und das ist kein Hirngespinnst.: Als wir erst vor wenigen Tagen in München gegen den Naziaufmarsch am Heldengedenktage demonstrierten, richteten sich Hunderte von Kameras auf uns.

Es muss verhindert werden, dass selbst unsere Veranstaltungen im geschlossenen Raum in einem Ausmaß der Behördenwillkür unterworfen sind, das die Versammlungsfreiheit zur Farce macht. Und das ist kein Verfolgungswahn: In München streitet die Polizei gerade um ihr Recht, sich in wirklich jede Veranstaltung im geschlossenen Raum hineinsetzen zu dürfen und mitschreiben zu dürfen.

Ihr könnt Euch dabei sicher sein: Wir werden diese genannten Fälle durchstreiten – bis in die letzte Instanz! Wir dulden nicht im Einzelfall, was mit dem Gesetz zur Regel werden soll!

Dieses Versammlungsgesetz, das jeder Beschreibung spottet, muss verhindert werden - das war und ist unser gemeinsamer Wille.

Dazu haben wir ca. ½ Million Flugblätter verteilt, auf ungezählten Veranstaltungen, Betriebsversammlungen gesprochen, Aktionen und Demonstrationen durchgeführt.

Dazu haben wir zu Landtagssitzungen, Ausschusssitzungen, Anhörungen öffentlich mobilisiert und offensiv daran teilgenommen.

Dazu haben wir 7 Tage und 7 Nächte lang in der Sichtachse zum Landtag die Mahnwache der Streikleitungen durchgeführt. Hervorzuheben sind hier die Streikleitungen der Telekom, der Drucker, des Öffentlichen Diensts und der Postler, die sich besonders aktiv beteiligten.

Und dazu haben wir auch nach der Verabschiedung des Gesetzes durch die CSU-Mehrheit eine gemeinsame Verfassungsbeschwerde mit dem DGB Bayern an der Spitze eingereicht, die nun im 1. Quartal 2009 entschieden werden soll.

Kolleginnen und Kollegen,

mit diesem geballten Widerstand hat die CSU nicht gerechnet.

Sie meinte, es reicht, wie eine Monstranz vor sich herzutragen, dass mit diesem Gesetz angeblich Naziaufmärsche bekämpft werden sollen, um uns ruhig zu halten.

Sie meinte mit ihrer 2/3-Mehrheit dieses Gesetz im Hauruckverfahren ohne große Öffentlichkeit am besten während der Fußball-Europa-Meisterschaft durchziehen zu können.

Aber sie hat sich getäuscht – und das ist gut so!

Heute stehen wir hier mit Euch in Stuttgart gegen das geplante Baden-Württembergische Versammlungsgesetz.

Die bayerische Handschrift bei dem Gesetzentwurf, gegen den ihr heute demonstriert, ist unübersehbar.

Aber auch die bayerische Handschrift unseres gemeinsamen Widerstands – und das erfüllt uns mit Freude, dies hier heute sagen zu können – auch sie ist unübersehbar!

So ist es hier in Stuttgart, so wird es in Niedersachsen sein, wo ebenso ein ganz ähnlicher Gesetzentwurf auf dem Tisch liegt. Die Saat ist gekeimt. Auch dort entsteht gerade ein Bündnis, wie in Bayern, wie hier! Überall werden sich Bündnisse bilden, Gewerkschaften, Parteien, Organisationen und Initiativen zusammenschließen und gemeinsam dem Gedanken folgen: Wir brauchen unsere Versammlungsfreiheit – wir lassen sie uns nicht nehmen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde,

dabei können und wollen wir aber nicht stehen bleiben und unsere gewerkschaftliche Initiative „Rettet die Grundrechte gegen den Notstand der Republik“ bleibt dabei auch nicht stehen.

Bereits die einfache Frage, wie konnte es dazu kommen, dass unsere Versammlungsfreiheit in die Hände von 16 Länder geriet, zeigt uns, dass wir dabei nicht stehen bleiben können.

Denn die Ursache dafür war die Föderalismusreform 2006, die größte Grundgesetzänderung seit dessen Bestehen. Sie wurde durchgezogen, während in der ganzen Republik vorzugsweise auf öffentliche Riesenleinwände gestarrt wurde, um die Fußballweltmeisterschaft zu verfolgen. Dabei wurde nicht nur das Versammlungsrecht in die Hände der Länder gelegt. Auch in anderen Bereichen wurde durch die Verländerung die soziale und politische Rutsche nach unten eröffnet. Gleichzeitig wurden die gesetzlichen Grundlagen für eine scharfe Zentralisierung des Polizeiapparats geschaffen. Das war und ist der Boden für Schäubles neues BKA-Gesetz.

Und auch wenn nun die eine und andere Regelung auch aus dem Gesetz wieder herausgekämpft werden konnte – und das ist gut so - müssen wir feststellen:

Dieses Gesetz ist ein Hohn auf die Lehren aus Faschismus und Krieg. Denn eine dieser Lehren ist, gerade in Deutschland einen zentralisierten Gewaltenapparat nicht zuzulassen.

Genau dorthin aber geht die Reise.

Davon ist auch wiederum das BKA-Gesetz nur ein Teil. Der täglich weiter um sich greifende Einsatz der Bundeswehr nach innen ist ein weiterer entscheidender Teil dabei. Zu diesem Zweck wird seit Januar 2007 ein flächendeckendes Netz von Heimatschutzkommandos errichtet, die den Einsatz der Bundeswehr nach innen zu einer Alltagserscheinung machen sollen. Noch darf dabei nicht scharf geschossen werden. Aber die dazu notwendige Grundgesetzänderung wird seit Jahren vorbereitet. Ja, die geplante Grundgesetzänderung zum militärischen Einsatz der Bundeswehr nach innen ist derzeit vom Tisch und das ist gut so - aber machen wir uns nichts vor, die Obsession bleibt!

Am Hindukusch wird geübt, was gelten soll von Hindelang bis Heiligendamm - Einsatz der Bundeswehr gegen das Volk! Erzählt wird uns von Vogelgrippe, Deichbrüchen und Terroristen – aber, machen wir uns auch hier nichts vor, gemeint sind wir! Wenn sie von asymmetrischer Bedrohung faseln, dann reden sie von uns.

Denn, Kolleginnen und Kollegen, wo die Umverteilung von unten nach oben herrscht, da gibt es keinen Frieden.

Wo 500 Milliarden Euro innerhalb weniger Tage locker gemacht werden, um es Banken in die Hände zu legen, die damit Tausende Beschäftigte auf die Straße setzen wie z.B. in Bayern bei der Bayerischen Landesbank, da gibt es keinen Frieden.

Wo wir uns ständig zusammenschließen müssen, um die einfachsten Rechte, die einfachsten Existenzbedingungen zu verteidigen, da gibt es keinen Frieden für diejenigen, die ausschließlich von unserer Uneinigkeit leben.

Und deswegen fürchten sie ja so sehr unsere Versammlungsfreiheit, weil sie ein so wichtiges Mittel dafür ist, unsere Einigkeit herzustellen und zu zeigen. Deswegen passt ihnen ja so die Zersplitterung unseres Versammlungsrechtes auf 16 Länder.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir werden heute mit Euch durch die Straßen Stuttgarts demonstrieren für unsere Versammlungsfreiheit in Stuttgart, München, Hannover und wo auch immer in diesem Land.

Wir werden heute Abend nach München zurückfahren und am Montag in der Arbeit, da werden die Kollegen mich fragen: „Na Hedwig, jetzt hast du also wieder mal einen Samstag dir um die Ohren geschlagen - und, was hat es gebracht?“ Und dann werde ich antworten können: Selten einmal bin ich so überzeugt und war es sichtlich, was es gebracht hat, hier her zu fahren. Selbstverständlich können wir uns nicht sagen: Wir haben es geschafft – der Gesetzentwurf ist weg. Aber was wir sagen können ist: Wir haben es geschafft: Die von der Föderalismusreform gewollte Zersplitterung ist am Bröckeln, wir kämpfen gemeinsam, wir helfen einander, wir lernen von einander. Wir werden nach München fahren in der Gewissheit, dass wir uns wiedersehen - Dafür gilt Euch unser ganzer Dank!